



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

7. Sitzung (öffentlich)

21. November 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:10 Uhr bis 10:45 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Stärkungspakt für Gymnasien – Ganztagsorganisation an den weiterführenden Schulen flexibilisieren und Kampagne für Ganztags-gymnasien starten** **5**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1269

Der Ausschuss kommt auf Antrag der FDP-Fraktion überein, eine Anhörung durchzuführen. Die Verfahrensfestlegungen sollen die Obleute treffen.

- 2 Freie Lernmaterialien fördern!** **6**

Antrag
der PIRATEN-Fraktion
Drucksache 16/1253

Der Ausschuss beschließt, zum Antrag Drucksache 16/1253 eine Anhörung durchzuführen.

3 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1188

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag des Vorsitzenden, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales geplanten Anhörung zu beteiligen.

4 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen 10

Antrag
der PIRATEN-Fraktion
Drucksache 16/1257

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, zunächst das weitere Vorgehen des federführenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales abzuwarten.

5 Verschiedenes 11**a) Sitzungstermine 11**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, wegen des Bundesparteitages der CDU von der Sitzung am 5. Dezember abzusehen. Sofern Beratungspunkte mit dringlichen Entscheidungen durch das November- oder Dezember-Plenum vorliegen sollten, könnten diese in einer Sondersitzung vor der Plenarsitzung am 12. Dezember 2012 behandelt werden.

b) Termine für Schulbesuche 11

Der Ausschuss beschließt, bei der Präsidentin die Genehmigung für folgende Auswärtstermine zu beantragen: 17. April 2013 Anna-Freud-Schule in Köln und Integrierte Gesamtschule Beuel in Bonn, 12. Juni 2013 Schillergymnasium in Münster und Kompetenzzentrum Pestalozzi in Ennigerloh und 9. Oktober 2013 Berufskolleg Lüttfeld in Lemgo und Laborschule und gegebenenfalls Oberstufenkolleg in Bielefeld.

c) Mitteilung von Terminen der Ministerin

11

* * *

4 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen

Antrag
der PIRATEN-Fraktion
Drucksache 16/1257

Monika Pieper (PIRATEN) meint, im federführenden Ausschuss werde sicherlich eine Anhörung beantragt werden. Auch dieser Ausschuss habe Anlass, sich mit diesem Thema wegen der bestehenden Fürsorgepflicht des Schulministeriums gegenüber den in diesen Schulen arbeitenden Lehrern zu beschäftigen. Zudem müsse die Landesregierung den Gesundheitszustand der Kinder im Blick haben.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) bestätigt, dass die Landesregierung natürlich eine Fürsorgepflicht gegenüber allen Menschen in diesem Land habe. Allerdings verweise sie ausdrücklich auf die Zuständigkeit. Der Zustand der Schulgebäude falle unter die Schulträgeraufgaben. Die Kommunen trügen letztlich die Verantwortung für die Gebäude. Würden dem Ministerium bestimmte Sachverhalte bekannt, finde in der Landesregierung eine enge Abstimmung statt, weil derartige Fragestellungen das Umweltministerium, das Gesundheitsministerium, das Arbeitsministerium und das Innenministerium etwas angingen. Allerdings müsse klar sein, wo die Verantwortung liege, wenn es darum gehe, wer möglicherweise notwendige Veränderungen bezahlen müsse. Solche Aufwendungen würden weder aus dem Einzelplan 05 noch aus einem anderen Einzelplan finanziert.

Die Vorlage 16/272 enthalte einen Bericht des Umweltministers zu der Frage, was die Landesregierung gegen PCB in öffentlichen Gebäuden in Nordrhein-Westfalen unternehme, der dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zugegangen sei. Dieser Bericht könnte für die weiteren Beratungen dieses Ausschusses vielleicht hilfreich sein.

Renate Hendricks (SPD) schlägt vor, diesen Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss zu geben. Der federführende Ausschuss solle über den Antrag befinden.

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, zunächst das weitere Vorgehen des federführenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales abzuwarten.

